

Dresdner Volkszeitung

Postfach: 2018, Aden & Komp., Nr. 2018.

Organ für die Interessen des gesamten, werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. K. K. K., Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangos monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9,00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7spaltige Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Leerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (Schm. Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgelieferten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefüberlieferung 20 Pf.

Nr. 220.

Dresden, Dienstag den 23. September 1919.

30. Jahrg.

Ratifizierung in Paris

Frankreich hat ratifiziert?

In der letzten Zeit mehren sich die Nachrichten, die von wachsendem Widerstande in der französischen Kammer gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages sprechen. Nun aber wird dröhnend aus Lyon gemeldet, daß die französische Abgeordnetenkammer den Friedensvertrag doch ratifiziert habe. Eine direkte Nachricht aus Paris liegt darüber allerdings noch nicht vor.

D'Annunzios Größenwahn

In einem Aufruf an die Venezianer bezeichnet D'Annunzio sich als obersten Führer sämtlicher Truppen und Schiffe in Fiume und fordert die Venezianer auf, sich ihm anzuschließen und das Joch der italienischen Regierung abzuschütteln. Eine ähnliche Aufforderung hat er auch an die Gefinnungsgenossen in der Lombardei gerichtet. Cortese della Sera bejährt D'Annunzio, von seinen Unternehmungen abzulassen, die zum Bürgerkriege führen könnten.

Die italienischen Sozialisten erheben schärfsten Protest gegen das Abenteuer von Fiume. Die Parteileitung des Gewerkschaftsverbandes erklärt, die jetzigen Ereignisse seien eine Episode des großen Kampfes, den der italienische Militarismus und die italienische Schwermindustrie zur Behauptung ihrer Stellung führen.

Die italienische Regierung hat den Kommandanten der 8. Armee, Robilant, seines Postens entbunden, weil er nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr des Sandtreiches auf Fiume ergreifen hat. An seine Stelle tritt der Admiral Cagni. Jüngere neue Truppenteile treten zu D'Annunzio über. Trotz der Blockade wird Fiume von venezianischen Häfen aus mit allem Nötigen versorgt. Weiter ist ein Eisenbahngang mit Lebensmitteln dort angekommen. Meer und Marine in ihrer Wehrhaftigkeit stehen zu D'Annunzio, der der Bewegung eine immer größere Ausdehnung zu geben sucht.

Das Urteil der andern

Wegener meldet, daß bei den diplomatischen Vertretern der Balkanländer in Washington Besorgnis wegen der Lage in Fiume herrscht. Einige Diplomaten befürchten, daß es für die Balkanländer notwendig werden könnte, militärische Maßnahmen anzunehmen, um die Zersplitterung der Gebiete betreffenden Anordnungen der Friedenskonferenz durchzusetzen, und daß dies die Zone sein könnte, die den ganzen Balkan in Brand setzen würde. Die amerikanische Presse beurteilt die Handlungsweise D'Annunzios ironisch. New York schreibt: D'Annunzio scheint sich als gelegentlichen Erben des roten Hemdes Garibaldi zu betrachten. Die Eigenschaften eines Richard Löwenherz seien jedoch in diesem drohenden Zeitalter der Selbstbestimmung und der Schiedsgerichte zwecklos.

Balkikum und Entente

Zürich, 23. September. Ueber das Eingreifen der Verbündeten im Baltikum ist entgegen früheren Meldungen noch kein endgültiger Entschluß gefaßt worden. Es war die Rede davon gewesen, die polnische Armee in den Ostprovinzen eingreifen zu lassen, doch kam der Oberste Rat wieder davon ab, in der Meinung, daß es nicht ratsam sei, die deutsch-polnische Spannung zu verschärfen. Auch der Gehante einer Wirtschaftssperre wurde wieder fallen gelassen, damit die litauische und lettische Bevölkerung nicht geschädigt würde.

Aus Witau wird gemeldet: Der im Nachrichtenamt des Heeres des Grafen Keller stehende Major freiwillige, Oberlehrer Edgar Hermann, der im politischen Leben Witau eine große Rolle spielte, wurde mit drei Kameraden in einem Hinrichtungsgefängnis ermordet. Auf Grund der eingeleiteten Untersuchungen wurden bereits 20 Verdächtige vorgenommen.

Mit der Stellvertretung des Grafen Holz wurde General Dagermann beauftragt. Dagermann trat bereits in Witau ein und trat seinen Dienst an.

Denkins Fortschritte

Wie das Pressebureau Radio aus Dorca meldet, ist es in der Mitte und auf dem rechten Flügel der Armee Denkins zu vielen Treffen mit den Bolschewiken gekommen. Die Russen haben mehrere Städte genommen und über 400 Gefangene gemacht. Das Kriegsgesamt teilt die Einnahme zweier Ortschaften an der Kurmanbahn mit. Bei diesen Unternehmungen sind 500 Gefangene gemacht, und eine bolschewistische Flottille auf dem Onegasee ist durch britische Luftkräfte zerstreut worden.

Wie der polnische Generalstab meldet, hat die zehntägige Schlacht an der Düna mit einem vollen Siege der Polen geendet. Die russischen Volkswachtentruppen, die die Düna in ansehnlicher Zahl überdrückt hatten, wurden, diesem Bericht zufolge, umzingelt und vernichtet. Die Sieger machten viele Gefangene und erbeuteten viel Material. Weiter stromabwärts besetzten die Polen die Stadt Dajno, so daß nunmehr von Dänaburg bis Dajno das Ufer der Düna in polnischer Hand ist.

Elß-Lothringen und die Wehrpflicht

Die wenig freundliche Stimmung in den ehemaligen Reichslanden gegen die „Befreier“ erreichte den Höhepunkt, als von Paris die Eingebung der jungen Elß-Lothringer zum französischen Heeresdienst befohlen wurde. In zahlreichen Versammlungen erhoben namentlich die Sozialisten dagegen Einspruch, daß das Land von Arbeitskräften entblüht würde. Infolgedessen hat die französische Regierung amtlich veröffentlicht:

„Die wichtige Frage der Einberufung wird gegenwärtig zwar eingehend geprüft, aber es ist verfrüht, in bezug auf die Bedingungen, unter denen sie verwirklicht werden soll, irgendwelche Voraussetzungen zu machen. Ein Beschluß hierüber ist noch keineswegs gefaßt.“ (Hierzu ist zu bemerken, daß die amtliche Agentur Havas selbst vor drei Wochen meldete, daß 20 000 Elß-Lothringer eingezogen worden.)

Der Kampf um die Autonomie Elß-Lothringens wird mit aller Schärfe weitergeführt. Nachdem die elß-lothringischen Eisenbahner ihre Forderung auf Entfernung aller nicht deutschsprachigen Angestellten durchgedrückt haben, stellen die elß-lothringischen Postbeamten ähnliche Forderungen. Sie verlangen, daß sämtliche Stellen in Elß-Lothringen bis zum 1. Oktober durch Elß-Lothringer besetzt werden. Da seit neun Monaten dem Personal keine Vergütung gegeben worden sei, wird der 1. Oktober als der äußerste Zeitpunkt der Vergütung festgelegt. Im Falle einer Verweigerung wird der Generalstreik sofort erklärt werden.

Aus Metz wird berichtet, daß wiederholt Angriffe auf französische Soldaten erfolgt seien. Die verschärfte Belagerungsgesetze sind bestrebt.

Schluß des internationalen Gewerkschaftskongresses

Der Nationale Kongress des Allgemeinen Arbeiterverbandes (G. O. L.) in Lyon hat Freitag abend den Geschäftsbericht des Verwaltungsrats angenommen. In der Freitagssitzung sprach Rouhaux von der Zimmerbewegung und von seiner Zusammenkunft mit Bernheim und Kautsky im Frühjahr 1915. Aus dieser Unterredung habe er die Überzeugung gewonnen, daß es nicht möglich gewesen wäre, eine internationale Bewegung gegen den Krieg zu organisieren. Er verwahrte sich dagegen, daß er nichts für die russische Revolution getan habe.

Es wurde eine Entschlieung angenommen, die bestätigt, daß der Syndikalismus das erreichbare Höchstmaß nur durch unmittelbaren Kampf gegen das Unternehmertum erreichen könne. Die Entschlieung spricht sich also für die Nationalisierung aus und verlangt eine Kontrolle über alle industriellen Unternehmungen; die daran Beteiligten sollten zugleich Schlichter und Verbraucher werden. Der Kongress spricht also von der Confédération Générale du Travail Vertrauen aus und betont das Selbstbestimmungsrecht der Völker, tritt für die russische Revolution ein und verurteilt die Unterstützung Koltschaks und Denkins durch die Alliierten. Er verlangt ferner baldige Entsendung einer Arbeiterdelegation nach Rußland und fordert Frieden mit dem revolutionären Rußland.

Der Nationale Gewerkschaftskongress in Lyon ist Sonntag abend geschlossen worden. Der nächste Kongress findet in Lille statt. Vor der Trennung hat der Kongress den Vorschlag Rouhaux zur Einsetzung eines wirtschaftlichen Rates angenommen.

Schließlich hörte der Kongress noch Berichte über die Reform des Unterrichtswesens und über den Kampf gegen Tuberkulose, Alkoholismus und Wohnungsnot.

Die Gefahr von rechts

Bei den Wahlen, die in letzter Zeit hier und da in Deutschland stattgefunden haben, hat die Sozialdemokratie nicht besonders günstig abgezeichnet. Beide sozialdemokratische Parteien haben an Stimmen verloren, während die Reichsparteien eine verhältnismäßig hohe Stimmenzahl erzielten. Es kann daher wohl kein Zweifel darüber sein, daß jetzt ein Zug nach rechts durch einen Teil der Bevölkerung geht. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen auf der Hand. Die Sozialdemokratie hat unter den denkbar ungünstigsten Umständen die Regierung in die Hand nehmen müssen und es ist ihr unmöglich, alle die Räte, unter denen die Wähler des deutschen Volkes noch immer leiden, zu beseitigen. Sie wird für vieles verantwortlich gemacht, was sie beim besten Willen nicht zu ändern in der Lage ist.

Bei den Wahlen zu der Nationalversammlung hat die Sozialdemokratie ungeheure Erfolge erzielt, und es wäre nicht das erste Mal in ihrer Geschichte, daß einem großen Fortschritt ein Rückschlag folgt. Wenn die Sozialdemokratie auf die Massen der politisch weniger Interessierten, auf die es bei den Wahlen ja ankommt, zur Zeit nicht mehr dieselbe Anziehungskraft ausüben vermag, wie kurz nach der Revolution, so hängt das sicher zum Teil mit dem Kampfe zusammen, der zwischen den deutschen Arbeiterparteien noch immer geführt wird. Es kann nicht gerade für die sozialistische Sache werden, wenn die Massen sehen, daß die schärfsten Kämpfe zwischen Sozialisten geführt werden, ja, wenn es sogar so weit kommt, daß Sozialisten auf einander schießen. Damit, daß die Unabhängigen und Kommunisten und zu diesem Kampfe gezwungen haben, haben sie nicht nur eine schwere Säule gegen das deutsche Volk auf sich geladen, sondern auch eine große Säule gegen die Sache des Sozialismus bergehen. Dazu kommt, daß es unter Regierungen eben die unabhängig-kommunistischen Parteien so schwer gemacht haben, ruhige und geordnete Verhältnisse im Lande zu schaffen. Wenn unser Volk im Winter frieren muß, wenn der Stand unserer Valuta so niedrig und dabei die Warenpreise so hoch sind, so haben wir das nicht zum wenigsten dem Unstand zu verdanken, daß Unabhängige und Kommunisten die Arbeiter in sinnlose Streiks getrieben haben, die unser Wirtschaftsleben störten, ohne der Arbeiterklasse eine Besserung ihrer Lage zu bringen. Durch die Falsche, die in Rußland und anderwärts stattfanden, ist das Vertrauen des Auslandes auf die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands untergraben worden.

Für die unheilvollen Folgen, zu denen das Treiben der unabhängig-kommunistischen Agitatoren geführt hat, werden aber vielfach die Regierungen verantwortlich gemacht, denen unsere Genossen angehören. Die Massen der Bevölkerung verlangen von einer Regierung vor allem, daß sie für Ruhe und Ordnung und Sicherheit sorgt. Die Behauptung, daß die sozialistische Regierung nicht imstande sei, das Schicksal, das die Regierung zu schuldig sei, zieht bei einem großen Teil des Volkes, und mander, der eben erst noch den Führern eines unabhängig-kommunistischen Redners zuzuhörte, gibt ein paar Wochen darauf bei der Wahl einer reaktionären Stammzeitung ab, weil ihm irgend ein deutschnationaler Altpolitikler vorgeworfen hat, daß man hat der schwächlichen sozialistischen Regierung nun endlich starke Männer an die Spitze unserer Staatsstellen müsse.

Von hat in letzter Zeit in der Partei öfters die Frage aufgeworfen, ob uns eine Gefahr mehr von rechts oder von links drohe. In Wirklichkeit kann die Frage so gar nicht gestellt werden. Die Schwierigkeiten, die uns von der linken Seite bereitet werden, erhöhen automatisch die Gefahr, daß die Reaktion wieder zur Macht gelangen kann. Jeder der kommunistischen Fische, die wir durchgemacht haben, hat die Fühl der Leute vernichtet, die bereit sind, bei kommenden Wahlen statt sozialistisch reaktionär zu wählen. Die Gefahr von rechts droht uns nicht, weil hier oder da ein reaktionärer Offizier eine schwarz-weiß-rote Fahne herabhängen läßt, sondern sie droht uns, wenn ein großer Teil der Massen der Arbeiter verliert, daß wir die Nödigkeiten besitzen, dem Volke das zu bringen, was jede Regierung schaffen muß: Ruhe und Ordnung, und ernüchterte wirtschaftliche Verhältnisse.

In letzter Zeit haben sich etwähnliche Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß ruhige Überlegung und Vernunft bei der Arbeiterschaft immer mehr wiederkehren. In den Kohlenbezirken ist die Kohlenproduktion im Steigen begriffen, und damit ist die Aussicht eröffnet, daß es in unterm Wirtschaftsleben wieder allmählich in die Höhe geht. Wir haben zwar noch einen sehr schweren Winter vor uns, weil so schnell nicht ausgeglichen werden kann, was uns durch die in den vergangenen Monaten so sehr verarmte Kohlenproduktion verlorengegangen ist und weil wir auch noch einige Zeit brauchen werden, um unser Transportwesen wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen. Aber das Wichtigste ist, daß das deutsche Volk sieht, daß es, wenn auch nur langsam, anfängt wieder besser zu werden. Alles kommt jetzt darauf an, daß in den nächsten Wochen und Monaten die Entwicklung einen ruhigen Fortgang nimmt und unser Wirtschaftsleben möglichst wenig gestört wird. Dann wird sich das Vertrauen zu unseren Regierungen immer mehr festigen. Ge-

lingt es uns, die Gefahren, die dem deutschen Volke durch die unabhängigen-kommunistischen Bewegungen drohen, zu bannen, gelingt es uns, der ängstlichen und unglücklichen Welt Herr zu werden, dann werden wir auch die Gefahr von rechts nicht zu fürchten haben.

Die Wahlen in Braunschweig

Über die Wahlen in Braunschweig wird der Vossischen Zeitung gemeldet: Die gestrigen Wahlen der Bürgermeister und Stadträte in den Städten des Herzogtums Braunschweig gingen trotz äußerer Unruhe und leidenschaftlicher Antipathien allseits mit bei weitem Bestehen vor sich.

Die „neue Waffe“ der Spartakisten

Die Rote Fahne triumphiert. Ihr Himmel hängt voller Weigen. Zwar hat ein andres Kommunismorgan neulich mit Trauer konstatiert, daß „die Straße verloren ist“, d. h., daß keine Möglichkeit mehr zu erfolgreichen Putschien besteht, aber dafür hat die Rote Fahne jetzt die neue unfehlbare Waffe gefunden.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Um den Sozialismus von heute auf morgen zu erzwingen, wollen die Kommunisten auch noch die Hammerhaken gebliebenen Reste des Wirtschaftapparats vollends in Trümmer schlagen.

Die Zustände im Braunkohlenbergbau

Auf den in der Vossischen Zeitung vom 11. September 1919 veröffentlichten, von uns abgedruckten Aufsatz des Herrn Gulsch, „Ergebnisse eines Kohlenarbeiters“, sendet der Vossischen Zeitung die Mining-Verbands-Gesellschaft m. B. & Co. Berlin, die Besitzerin der Grube Wilhelmshöhe, eine Erwiderung; die wir hier zum Teil wiedergeben.

„Wilhelmshöhe“ verfügt über ihre ältere Fabrik I und eine moderne Fabrik II mit ein und demselben Reitenbahn aus einem Tagebau. Die sehr ungünstige Ab Lagerung des Kohlenflözes, die einen häufigen Umbau des Kohlenbagers bedingt, hat seit einiger Zeit verhindert, daß beide Fabriken voll mit Kohle befeuert werden konnten.

Dulsch, der drei Tage bei uns beschäftigt war, auch aufgefährt worden. Es ist durchaus irrig, wenn Herr Gulsch annimmt, daß die Reparaturen vom Standpunkt der Wirtschaft ausgesehen worden seien.

Trotz der Sorge vor Schmälerung der Tisende und die Absicht auf Sozialisierung der Instandhaltungsarbeiten, wird schon aus dem Grunde hinsichtlich, daß wir seit Jahren nicht nur keine Ausbeute zu verzeichnen in der Lage waren, sondern mit Verlust arbeiteten.

Wir können die gegen uns erhobenen Vorwürfe nicht anerkennen, nur in einem Punkte schicken wir uns selbst den Ausföhrungen des Herrn Gulsch an, wenn er betont, daß die Wiedereinführung der Koffordarbeit, wo diese absehbar war, sehr wesentlich dazu beitragen würde, die Gefahr der Kohlennot zu mildern.

Die pommerische Junkerfronde

In einem Schreiben vom 7. August hat der Reichsernährungsminister an alle Landräte Pommerns ein Schreiben geschickt, in dem er sich mit der Stellenanfrage des Pommerischen Landbundes zur Abgabe von Deputat Korn an die Landarbeiter beschäftigt und darauf aufmerksam macht, daß durch

Mieterschutz und Wohnungsnot

Durch den Krieg ist die schon vor dem Kriege vorhandene Wohnungsnot zur Unverkennbarkeit gesteigert worden. Der Mieterschutz hat dabei auch die Rat auszubehalten. Durch die umfangreiche Zerstörung von Wohnungen, eigentlich das natürliche Mittel, kann den Mischständen aus wirtschaftlichen Gründen nicht in dem geteilten Maße begünstigt werden.

Die Wohnfragen fallen in zwei Teile: 1. in Aufgaben der Gemeinden und 2. in einem Schutz der Mieter. Die Gemeinden sind nach dem Unterhaltungsmaßstab verpflichtet, den abwechselnden Mieter unterzubringen. Sie stehen vor großen Schwierigkeiten. Nach den Bestimmungen sind sie befreit, zu beschließen, daß Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen, bisher zu Wohnzwecken benutzte Räume andern Zwecken dienlich gemacht, unbewohnte Räume (wie Lagerräume) als Wohnräume in Anspruch genommen und so alle gewonnenen Räume den Wohnungsuchenden zur Verfügung zu stellen.

Zu diesen Zwangsangelegenheiten in die Rechte Privater braucht die Gemeinde allerdings eine allgemeine Ermächtigung des Staatskommissars für das Wohnungswesen. Diese erhält sie, wenn in ihrem Bezirk ein „besonders harter Mangel“ an Wohnungen herrscht, was heißt, es sich um einen „Notstandsbefehl“ handelt.

Der Schutz der Mieter besteht zunächst in der Schaffung von Mietvereinsämtern. Solange in einem Ort nicht ein kommunales derartiges Amt besteht, werden seine Befugnisse vom zuständigen Amtsgericht wahrgenommen. Die Befugnisse der Mietvereinsämter bestehen darin: 1. Die Prüfung eines Hausbesizers für unrentabel zu erklären und die Fortführung eines Mietverhältnisses jenseits der Fristen ein Jahr anzuordnen; 2. bei den auf eine festbestimmte Zeit abgeschlossenen Mietverhältnissen eine Verlängerung bis zu jeweils einem Jahre vorzunehmen; 3. einseitige Anordnungen zu treffen, doch der Mieter z. B. nicht vor einem bestimmten Tag zu räumen braucht; 4. die Höhe des Mietzins zu bestimmen, dabei auch dem Mieter sonstige neue Verpflichtungen aufzuerlegen; 5. dem Mieter das Mietermieten zu gestatten; 6. auf Anrufen des Vermieters einen Mietvertrag mit einem neuen Mieter, dessen Erfüllung unmöglich ist, mit einwirkender Kraft aufzuheben.

Durch den hierdurch festgelegte Schutz des Mieters, auf eine ihm zugesetzte Kündigung mit der Annahme des Mietvereinsamtes zu antworten, ist dieses vertragliche Recht des Vermieters beschaffen. Dieser muß sich gefallen lassen, daß jene Stelle über die die Kündigung ertheilt wird, und zwar nicht wie das ordentliche Gericht, indem es die Entscheidung der Kündigung an der Hand des Mietvertrages nachprüft, sondern nach „billigen Ermessen“. Es löst also das ordentliche Gericht, ob nach dem bürgerlichen Recht der Vermieter

Bekanntgabe, wie der Landbund sie beliebt, die Vollversammlung dieser Organisation sich nach § 110 des Reichsstrafgesetzbuchs (Kufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) und ebenfalls auch nach § 111 Absatz 2 strafbar gemacht hätten.

Daraus ergab sich folgender Schriftwechsel:

„Der Landrat. Braunschweig, den 1. September 1919.“ Unter Abgabe der Kreisgruppe Braunschweig des Pommerischen Landbundes Straßburg mit dem Erlauchen um eingehende Bekehrung, ob gegen die bestehenden Befehle und Verfügungen verstoßende Beschlüsse von Organisationen des Pommerischen Landbundes zur Ausführung gelangt und wieder rückgängig gemacht sind.

„Straßburg, den 13. September 1919.“ Dem Herrn Regierungspräsidenten zur Kenntnisnahme. Dem jüngsten kommunalistischen Landrat Anwort zu erlassen, lehne ich ab, da ich auf meine Anfrage hin vom Straßburger Innern noch keine Antwort erhalten habe. Wenden der Landrat von Straßburg beantragt ist, werde ich mich nicht weigern, dem jetzigen Landratsamtsverwalter Anstalt zu erteilen, da ich eine frühere Gemeindeführer Anstalt für mich persönlich nicht ablehne.

„Der Regierungspräsident. Straßburg, 16. September 1919.“ Urkundlich dem Herrn Vorsitzenden des Pommerischen Landbundes, Kreisgruppe Braunschweig.

mit der Bitte ergebenst zurückgefand, die gewünschten Auskünfte möglichst mir direkt geben zu wollen.

Angesichts des Schriftwechsels muß man sich fragen, in bemerkt der Vormarsch hierzu, wer eigentlich im Regierungsbereich? Wir müssen es als eine geradezu unerhörte Tatsache bezeichnen, daß Herr Geheimrat Singelmann als Vertreter des Herrn Regierungspräsidenten vor der Kommission der Agrarier zurückweicht, wenn er dieselben „ergebnislos“ über die gewünschte Auskünfte „gefährt“ ihm direkt zu geben. Herr Geheimrat Singelmann scheint nicht das geringste Verständnis dafür zu haben, daß er in diesem Falle die Autorität der preussischen Regierung zu vertreten beabsichtigt, daß er insbesondere die Pflicht hat, die Interessen des Herrn Landratsamtsverwalters in Braunschweig gegenüber der Revolte der Agrarier auf das entschiedenste aufrecht zu erhalten.

das Recht zur Kündigung hat, sondern soll alle Verhältnisse im Hinblick auf die Wohnungsnot, sowohl allgemeine wie besondere (soziale, wirtschaftliche und berufliche) berücksichtigen. Die von Staatskommissar für das Wohnungswesen erteilten Richtlinien belegen aber ausdrücklich, das Mietvereinigungsamt solle solche Abzügen nicht für unrentabel erklären, zu denen der Mieter durch vertragswidrige Verhalten (z. B. willkürliche Nichtzahlung der Miete, fortgesetzte Verzögerung gegen die Hausordnung, Verleumdung des Vermieters usw.) berechtigten Anlaß gegeben hat.

Die Annahme des Mietvereinsamtes vom Vermieter ein Mieter soll „unberührt“ gelassen. Die Rechtsprechung hat darauf gemacht, daß von Ausnahmefällen abgesehen, die Kündigung nur nach einer Woche nach der Kündigung usw. geschehen soll. Besondere Anordnungen kann das Mietvereinsamt ausstellen, wenn sich durch Neuberechnungen ergibt, daß die Erfüllung einer Mietvereinbarung, bei deren Nichtannahme Gefahr im Verzuge (bedingte Kündigung) als Kündigung im Sinne dieser Vorschriften anzusehen, was sie nach dem bürgerlichen Recht nicht ist. Es soll eben die Ablehnung der Fortbauer des alten Mietverhältnisses zu dem bisherigen Bedingungen auf ihre Berechtigung der Prüfung des Mietvereinsamtes unterstellt werden. In einem Falle ist das Mietvereinsamt berechtigt, Verlängerung des Mietvertrages anzuordnen, wenn der Mieter selbst gekündigt hat oder wenn die Mietverhältnisse im beiderseitigen Einverständnis die Vereinbarung des Mietverhältnisses bestimmt haben. Der Mieter soll gegen diese eigenen Maßnahmen nicht geschützt werden.

Diese Mietvereinsamtsvorschriften gelten überall. In den verschiedenen Reichsteilen (siehe oben) haben aber die Mietvereinsamtsämter noch weitergehende Befugnisse. Die Herren 1. von einem neuen Mieter verbindlichen Mieters, der über die Höhe der von dem letzten Mieter bezahlte, auf die „angemessene Höhe“ bezulegen, und zwar auch auf Antrag der Gemeindeführer (zweckmäßig in manchen Gemeinden die Vermieter zur sofortigen Mitteilung von solchen Vermietungen verpflichtet sind); 2. bestimmen, daß eine vorübergehende Zustimmung des Mietvereinsamtes in einem Mietvertrag gekündigt oder durch Festhalten der Mietverhältnisse auf unbestimmte oder die vom Mietvereinsamt bestimmte Zeit zu verlängern. In manchen Orten ist auch bestimmt worden, daß Mietverträge mit Mietern, die von auswärts zu ziehen, ungültig sind, wenn sie nicht vom Mietvereinsamt genehmigt sind. Es wird deshalb der Vermieter gut beraten sein, sich immer beim zuständigen Mietvereinsamt beraten zu erkundigen, welche Bestimmungen bestehen, da diese eben nicht allorts gleich sind.

Wegfallen von Bedeutung ist, daß die Entscheidungen der Mietvereinsamtsämter unanfechtbar sind und es gegen sie keine Rechtsmittelinstanz gibt. Es kann z. B. der Vermieter nicht mit Erfolg versuchen, vor dem Amtsgericht die Klammernklage auf Grund seiner Kündigung durchzusetzen, wenn der Spruch des Mietvereinsamts schließt neues Recht. Das Amtsgericht hat gegebenenfalls bei der Entscheidung des Mietvereinsamtes zu berücksichtigen, daß die Mietvereinsamtsämter berechnen den an dem Tag zu bezahlenden Mietzins, die allerdings von dem ordentlichen Gerichte überprüft werden können.

Es kommt noch allem sehr darauf an, wie ein Mietvereinigungsamt seine Tätigkeit ausübt und von welchem Gerichte es beauftragt ist. Bei den kommunalen Mietvereinsamtsämtern ist durch die Ministerialverordnung vom 27. April 1919 der Mieter eine gute Hilfe gegeben, daß die Tätigkeit eines der Vorstände der Mietvereinsamtsämter

Gewerkschaften und Unabhängige

Am 15. und 16. September tagte in Düsseldorf eine Konferenz von Vertretern verschiedener gewerkschaftlicher Richtungen aus dem rheinischen Industriegebiet. Vertreter waren die Industrialistische Freie Vereinigung, der Allgemeine Arbeiterverband, die Allgemeine Arbeiter-Union, die Bergarbeiter-Union. Nach langen, heftigen Debatten kam schließlich eine Einigung der verschiedenen Richtungen zustande, wonach man sich in wirtschaftlicher Hinsicht auf das syndikalistische Wirtschaftsprogramm einigte. Parteipolitisch soll den Mitgliedern freie Hand gelassen werden. Die Vereinigung soll den Namen Freie Arbeiter-Vereinigung tragen.

Die Leipziger Volkszeitung, das führende Organ der Unabhängigen, nimmt Stellung gegen diese Gründung. Sie sagt nach den üblichen Klammern auf die „bannierte Gewerkschaftsdemokratie“, daß doch die Abspaltung von den bestehenden Gewerkschaften nicht zu einer Befreiung der Gewerkschaftsbewegung führe; diese müsse „von innen heraus“ erfolgen, weshalb es notwendig ist, „in den Gewerkschaften selbst ihr Wandel zu fordern“.

Aber im unabhängigen Lager kann man auch anders! Dabei schreit man nicht davor zurück, dort, wo man den Parteinteressen durch die Zerstückelung und Zersplitterung der Gewerkschaften wirksamer zu dienen glaubt als durch die Neugestaltung der Gewerkschaftsbewegung „von innen heraus“, die Gründung von Gewerkschaften zu fördern! Ein aus dem Zentralkomitee der U. S. V. D. in Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, hervorgegangenes und an einen Gewerkschaftsjournalisten in Gelsenkirchen gerichtete Schreiben läßt deutlich erkennen, welcher Wert dem unabhängigen Bekenntnis zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung beigemessen ist. In dem Briefe heißt es:

„Ihre Mitteilung über die Neugründung eines gewerkschaftlichen Verbandes war uns ganz neu. Jedoch haben wir für die Weiterführung auf Umgestaltung der Gewerkschaften volles Verständnis. Das Wesen junger Verbände durch die alten Gewerkschaften bereits der Kampf angeht worden ist, wandert und geht nicht. Damit muß man eben rechnen, wenn man neue selbständige Verbandsgestaltungen vornimmt. Die U. S. V. D. hat bei aller Weisheit gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, doch auch bis jetzt noch nicht entscheiden können, überall zu solchen Neugründungen aufzufordern. Wenn nun aber auch die Berg- und Hüttenarbeiter in ihrer Gegend einen andern Weg gegangen sind, so werden wir sie trotzdem nicht im Stich lassen und der neuen Organisation die Unterstützung angedeihen lassen, ja, der wir irgend in der Lage sind... Ihr müßt Euch bewähren, eine andre Forderung über einen andern Organisationszusammenstoß für Euren jungen Verband zu finden. Es haben sich auf der gleichen Grundlage wie im Holz- und Hüttengewerbe für die Ziele der Seemannsverband, der Hamburg, für die Binnenarbeiter der Verband der Binnenarbeiter, der Berlin, gegründet. Diese Organisationen haben sich vorläufig der Genossenschaft für Betriebsräte, Halle, März 24, angeschlossen. Wir können Euch nur das gleiche empfehlen. Jedoch wird auch die U. S. V. D. bald auf breiterer Grundlage den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Opposition durchzuführen, worüber Ihr rechtzeitig benachrichtigt werdet.“

Dieser schöne Schreibweise, der die Wirksamkeit der Unabhängigen in der Gewerkschaftsbewegung deutlich offenbart, läßt die Stellungnahme der Leipziger Volkszeitung gegen die Zersplitterungsbestrebungen in einem eigenartigen Widerschein erscheinen. Die Gegenüberstellung dessen, was die unabhängige Presse der Öffentlichkeit vorredet, mit dem, was die unabhängige Parteiliste in vertraulichen Briefen ihren Vertretern als Richtschnur mitteilt, kennzeichnet die bei den Unabhängigen gebräuchliche Moral mit dem doppelten Boden zur Genüge. Wo sie ihr Ziel, die alten Gewerkschaften in ihre Hände zu bekommen, erreichen, treten sie für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein; wo es ihnen aber nicht gelingt, die alten bewährten Führer beiseite zu drücken und ihre Leute an die verlässigste „Butterkrume“ zu bringen, reden sie im geheimen auch der Gewerkschaftszersplitterung durch die Gründung von Gegenorganisationen das Wort.

Es sollte uns nicht wundern, wenn auch bei der in Düsseldorf begründeten Freien Arbeitervereinigung die U. S. V. D. mit Bate gefunden hätten. Nach den Schlussfolgerungen des Briefes über die Bemühungen zum Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Opposition kann man schließlich von ihnen alles erwarten.

Deutsches Reich

Jurisdiktion geraubten Parteigentums

Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, ist der Volksfreund, das Organ der Braunschweiger unabhängigen Sozialisten, in der vergangenen Nacht von den rechtswidrigen Eigentümern, den Braunschweiger Reichsheimsozialisten, unter dem Schutze von Reichsheimtruppen in Besitz genommen worden. Die unabhängigen Sozialisten hatten den Volksfreund in der Revolutionsnacht im November vorigen Jahres besetzt, obgleich die Zeitung nach der Spaltung der alten Partei durch Gerichtskenntnis den früheren Inhabern der Firma Kiefe u. Ko. (Reichsheimsozialisten) zugesprochen worden war.

Braunschweig, 22. September. Im Laufe des heutigen Vormittags fanden mehrfach Ansammlungen von Arbeitslosen und U. S. V.-Anhängern vor dem Gebäude des Volksfreunds statt, weshalb dieses eine Besetzung von Reichsheimtruppen erhielt.

Die oberösterreichischen Sozialdemokraten zur Autonomiefrage

Dresden, 22. September. In Hindenburg tagte gestern ein außerordentlicher Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs, um Stellung zu nehmen gegen eine Autonomie Oberösterreichs. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die am 21. September in Hindenburg tagende Konferenz der Kreisverbände der sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Regierungsbezirk Opatowitz billigt die Haltung des Parteivorstandes in der Autonomiefrage. Sie lehnt mit aller Entschiedenheit die staatliche Autonomie ab, weil diese die Wiederherstellung des alten reaktionären Zustandes und die Rechtslosigkeit der Massen des oberösterreichischen Volkes mit sich bringen würde. Mit der Forderung des Reichs- und Staatskommissars in der oberösterreichischen Frage erklärte sich die Konferenz völlig einverstanden. Die Staatsorgane, besonders aber die Arbeiter, werden aufgefordert, sich härter die Partei zu stellen. Die bevorstehenden Gemeindevorwahlen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des oberösterreichischen Volkes. Sie erklärt, daß die oberösterreichische Bevölkerung sich dessen bewußt ist, alle Lösungsversuche auszuschließen und mit der sozialdemokratischen Partei energisch anzukämpfen gegen feudale Bevormundung und kapitalistische Reaktion.

Verstärkte Gefangeneneinlieferung

Düsseldorf, 23. September. In den nächsten Tagen sollen 120 000 Mann aus englischer und französischer Gefangenenschaft über Düsseldorf nach Hause geleitet werden.

Militärische Überwachung der Zivilbehörden!

Eigenartige Dinge scheinen in Bismarck vorzugehen. Wie das Berliner Tageblatt meldet, besteht am General-Commando Stettin eine Nachrichtenstelle, die sich auch damit befaßt, die Zivilbehörden zu beispäzeln und Berichte über sie anzufertigen. Ein Skandal schimmert hier wäre es, wenn es richtig ist, was behauptet wird, daß die Nachrichtenstelle die Berichte über die Zivilbehörden nach Berlin an die zuständigen Stellen weitergibt.

Kommunistische Feigen des Marktes. In der Schweiz und in anderen neutralen Ländern begünstigt die Rote Armee langsam zu leben. Das zeigt das auf den Kontinent amerikanischer, kanadischer und lateinamerikanischer Staaten, die in den letzten Tagen mehrere Hundert Millionen Mark deutscher Banknoten auf „Luft“ haben. Gegenüber jeder Welle wurden im letzten Viertel im Wert von 100 Millionen Mark mehr gewaschen. Die deutsche Volkswirtschaft genährt in der Statistik zwischen 22 und 25 Millionen gegen 15 bis 17 Millionen in der Vormonate.

Schulstreik in Ostpreußen. In Ostpreußen Landesschulen besteht seit gestern Schulkonflikt. Die Eltern verlangen unter Androhung der Elternverweigerung die Zurücknahme des Beschlusses, den Klassenlehrer des unabhängigen Generalschulinspektors Jacobi und die Überweisung der entlassenen Schullehrer.

Verbot des Verkaufs von Wertpapieren nach dem Auslande. Die Verordnung, nach der es verboten ist, ausländische Wertpapiere nach dem Auslande auszuführen, oder an eine im Auslande ansässige Person zu veräußern, ist in ihrer Wirksamkeit bis zum 30. November 1919 verlängert worden.

Massenstreik in Amerika

Der New Yorker Korrespondent des New York Courant berichtet, daß die Konferenz der Bergarbeiter mit überwiegender Mehrheit einen Beschluß für die Verstaatlichung der Bergwerke angenommen hat. Die Konferenz verlangte weiter, daß die Bergarbeiter in der Verwaltung der Bergwerke vertreten sein müssen. Sie unterstützte weiter den Antrag auf Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Der Korrespondent teilt weiter mit, daß der große Streik der Metallarbeiter am Montag etwa 600 000 Mann umfaßt wird. Außerdem gibt es noch wichtige Gruppen unabhängiger Arbeiter, die sich jetzt den großen Verbänden anschließen haben. Alles weist darauf hin, daß der Streik bis zum Ende durchgeführt werden wird und daß eine vollständige Lahmlegung der Stahlindustrie nicht ausbleiben kann. Die Hauptpunkte des Konfliktes sind in folgenden Wünschen der Streikenden zu sehen: Abschluß eines Kollektivabkommens, das den achtstündigen Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche vorsieht, Abschaffung des durchgehenden 24-Stundenbetriebs, feste Löhne, die höher sein müssen, als die jetzigen. Der Hauptpunkt des Konfliktes ist jedoch, daß fortan eine Neuregelung in der Stahlindustrie eingeführt werden soll, die daraus hinausläuft, daß die organisierten Arbeiter nicht mehr, wie dies bisher der Fall war, mit nichtorganisierten Arbeitern zusammenarbeiten brauchen. Der Präsident der Steel-Industriation hat sich besonders gegen dieses Verlangen ausgesprochen und erklärt, daß die Erfüllung dieser Forderung einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Stahlindustrie haben müßte.

Reut Telegramm melden die Times aus New York, daß sich 100 000 Arbeiter den heute in den Austausch getretenen Metallarbeitern anschließen werden, wodurch die gesamte Industrie lahmgelegt werden wird.

Von Seiten der Stahlindustrie wird jedoch berichtet, daß nicht mehr als 35 Prozent der Arbeiter der Industrie, die Arbeit niedergelassen, Folge geleistet haben, daß die Fabriken größtenteils aufrechtgehalten. Die Arbeitgeber der Städte, in denen die Arbeiter der Städte zur Geltung kommen können, haben Hunderte von Sonderpostenbesetzten eingestellt und bekannt gegeben, daß Unruhestifter sofort verhaftet werden. In manchen Kreisen befürchtet man den Ausbruch einer Unruhen. Eine der größten Stahlwerke hat sich mit zwei Millionen Dollar gegen einen etwaigen Schaden, den sie durch Streikunruhen erleiden könnte, versichern lassen.

Die ersten Zusammenstöße

Reuter meldet aus Wittenburg: Der Stahlstreik wurde im Distrikt Wittenburg gestern nachmittags mit Zusammenstößen zwischen der Staatspolizei und einer Menschenmenge, die eine Versammlung im Freien abhalten wollte, eingeleitet. Augenzeugen behaupten, daß in Wittenburg eine Versammlung, die einen geordneten Verkauf nahm, durch Polizisten angegriffen wurde, worauf die Menschenmenge sich versetzte. Die Menschenmenge begann nun übermäßig mit Wurfgeschossen die Polizisten zu bewerfen. Diese gingen nun mit Knütteln gegen die Menge vor. Es wurde niemand ernstlich verletzt. 10 Personen wurden verhaftet.

Unruhen in Lodz

Am 17. September fanden in Lodz große Arbeitslosen-Demonstrationen statt. Eine Arbeitslosenversammlung, an der auch ein Delegierter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten teilnahm, verlief sehr hitzig. Die Demonstranten überfielen den Delegierten. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zum Konflikt der Stadt Lodz zu schicken. Auf dem Wege dorthin wurde die Polizei die Demonstranten aufzufassen. Dabei kam es zu einem blutigen Zusammenstoß der Polizei und der Demonstranten, wobei mehrere Demonstranten verwundet wurden.

Ausland

Österreich

Beginn der Sozialisierung in Wien Die Wiener Arbeiterzeitung meldet: Die Regierung hat gestern beschlossen, eine gemeinschaftliche Anstalt zu errichten, die den Namen „Gesellschaftlicher Arbeit und Schularbeiten“ führen wird. Damit findet das Gesetz über die gemeinschaftlichen Unternehmen, das die Nationalversammlung am 20. Juli beschlossen hat und das die Rechtsform der sozialisierten Unternehmen enthält, zum ersten Male seine Anwendung. Es ist der erste praktische Schritt zur Sozialisierung eines wichtigen Industriezweiges, der gestern beschlossen worden ist.

Tschekoslowakei

Autonomie der Tschechen Prag, 22. September. Das Proger Staatsblatt berichtet über den Inhalt des in Paris für die tschechoslowakische Republik be-

Letzte Telegramme

Zum Washingtoner Kongress

(Eigene Drahtung.) Die Berliner Mittagszeitung meldet, daß die Einladungen zur internationalen Arbeiterkonferenz von den englischen Gewerkschaftsjournalisten betrieblen werden. Es wird darauf hingearbeitet, daß die deutschen organisierten Arbeiter zur internationalen Konferenz in Washington Einladungen erhalten.

Kommunistische Mordanschläge

(Eigene Drahtung.) Aus Halle wird berichtet, daß dort eine Anzahl Kommunisten verhaftet worden ist, bei denen Pläne vorgefunden wurden, nach denen politische Gegner durch Mordanschläge auf der Welt gehetzt werden sollen.

Polen. Ein Gesetz für den Schutz der Kinder von. Nach diesem Gesetz erhalten die deutschen Kinder in Polen in der Zeit, während die Autonomie auf den Gebieten des Schulwesens, der kulturellen Angelegenheiten und der sozialen Fürsorge. Die Schulen hierfür werden aus Staatsmitteln gedeckt, für die die polnischen Steuerzahler bezahlen. Die Schulaufsicht gilt sowohl für die polnischen Schulen als für die deutschen und tschechischen. Der Gesetz ist die deutsche Sprache in den von deutschen Kindern besuchten Schulen der tschechischen Sprache vollkommen gleichberechtigt. Das Gesetz ist dem Reichstag demnächst der Ratifikation zur Begutachtung zugehen.

Frankreich

v. Berners Unterschrift

Paris, 22. September. Nach v. Berners Unterschrift ist ein neues Gesetz am 4. Uhr im Triumpfbogen in der goldenen Sitzung des mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll, betreffend Artikel 11 der Weimarer Verfassung. Auf Seiten der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Soldatier Jules Cambon, für England Sir Cecil B. Dreyfus für Amerika Unterstaatssekretär Hall, für Italien Minister Scialoja, für Japan Soldatier Masui.

Türkei

Türkische Klagen

Ein Vertreter des Journal des Debats in Konstantinopel ist vom Sultan Mehmed VI. empfangen worden, der ihm erklärte: Seit zehn Monaten befindet sich die Türkei mit Frankreich und seinen Alliierten in einem Zustand des Krieges, noch im Zustand des Friedens. Diese diplomatische Lage bringe das osmanische Reich in schweres moralisches und materielles Elend. Die Lage der Türkei sei schwierig. Er hoffe aber, daß die Alliierten ihre Unabhängigkeit ihr Anrecht auf türkisches Gut und Leben auf Grund eines toleranten Geduldes anerkennen werden. Weiter die Lage in Anatolien sagte der Sultan: Witten im Vorkriegszustand und gegen seine Bestimmungen seien Gebiete des türkischen Reiches obwohl keine Unruhen dort ausgebrochen seien, von Fremden besetzt worden, die der Türkei niemals den Krieg erklärt hätten. Die Herrschaft der Griechen in Smyrna, bereit mit der Nachsicht, daß rein türkische Städte und Länder in den westlichen Teilen des türkischen Reiches den Türken genommen werden sollten, hätten den türkischen Widerstand bei den türkischen Untertanen gefunden. Von der Friedenskonferenz erwartete die Türkei nicht ein gerechtes Urteil. Man müsse wissen, daß man die Türkei nicht auslösen könne, die man vorher besaßen habe, die sie aber wieder gut machen wollte, sich aber nicht erniedrigen lassen könne.

Aus aller Welt

Verhobenes Heeresgut

In 36 großen Kisten lief auf einem Berliner Unterbahnhof verbotenes Heeresgut ein. Die Beamten des Landespolizeiamts, die auf dem Bahnhof die Güter kontrollierten, stellten fest, daß die Kisten Zigarren und Zigaretten enthielten. Als Empfänger war ein gewisser Steiger aus Witten a. d. O. angegeben. Die Beamten ermittelten bald, daß dort ein Mann namens Steiger nicht bekannt war. Der Verdacht, daß man es mit einer großen Schiebung zu tun habe, wurde dadurch zur Gewissheit. Der Empfänger kam auch nicht persönlich, die Ware zu holen, vielmehr verlangte ein gewisser Köhler im Auftrage des Steiger durch den Fernsprecher von der Spektationsfirma die Herausgabe der Güter. Es wurde ihm bezeugt, daß er sich unter Vorlegung von Frachtbriefen in eigener Person um die Herausgabe bemühen müsse. Herr Köhler kam aber nicht. Die Beamten des Landespolizeiamts beschlagnahmten die Ware und stellten fest, daß die Zigarren und Zigaretten aus Heeresbeständen herrührten. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen sind es Fabrikate aus dem Anfang des Jahres 1918, die von der Zigarettenverteilungszentrale in Witten dem Provinzialamt in Opatowitz überwiesen worden waren. Dieses Provinzialamt erklärte aber auf Anfrage dem Landespolizeiamt, daß es von der Sendung überhaupt nichts wisse. Als ihr rechtmäßiger Empfänger wurde schließlich eine Infanteriedivision ermittelt. Die beiden Kisten, in denen die Sendung hier ankam und die zwei Millionen Zigarren und Zigaretten umfaßte, sind ohne Zweifel dem Provinzialamt vor geraumer Zeit gestohlen und auf dem Wege zur Division „abgehängt“ worden.

Letzte lokale Nachrichten

Leuchtgasvergiftung

Die Feuerwache wurde zur Hilfeleistung nach der Rudolphstraße alarmiert, wo sich ein 23-jähriger Fleischergeselle durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet hatte. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben nach 70 Minuten langer Dauer ohne Erfolg. — In der Kronprinzstraße war ein 20-jähriges Fräulein durch Einatmen von Leuchtgas bewußtlos geworden. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren nach 30 Minuten von Erfolg.

Stempelmarkenfälscher ermittelt

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, acht Personen, und zwar zwei Steinbrücker aus Niederbühl, einen Chemigraphen aus Götzen und einen Kaufmann aus Dresden und vier Weichselstädter als Fälscher von Stempelmarken für tschechische Kronnoten zu ermitteln, die sich mit der Herstellung und Verbreitung falscher Stempelmarken für tschechische Kronnoten befaßten. Die beiden Steinbrücker fertigten die Stempelmarken an. Das Mitschneiden dazu hatten sie von dem Chemigraphen bezogen. Der hiesige Kaufmann vermittelte die Stempelmarken nach Götzen, und die dortigen Weichselstädter verschoben sie über die tschechische Grenze. Das zur Herstellung der Stempelmarken nötige Werkzeug ist sämtlich beschlagnahmt worden.

Sächsische Angelegenheiten

Die Deutschnationalen auf dem Arbeiterfang

Ein günstiger Wind hat unseren Vorkämpfer der Deutschnationalen auf dem Arbeiterfang, das sächsische Volksblatt, folgendes Schriftstück auf dem Mediationsbisch gemacht:

Dresden, den 18. September 1919.

Herr Gewerkschaftssekretär...

Herr Gewerkschaftssekretär Klüffert in Berlin bittet uns, und wir bitten Sie, in Verbindung zu treten wegen der Gründung von Arbeitervereinigungen im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Ortsgruppen, soweit dazu der Landesverband Sachsen in Frage kommt. Der Rechtsanwalt für diese Angelegenheiten ist Herr Dr. Schmidt in Dresden, den wir ersuchen, um mit Ihnen nach dieser Richtung in Verbindung zu treten.

Wir halten die Gründung von Arbeitervereinigungen innerhalb unserer Partei zunächst für sehr schwer. Nützlich dazu sind nur in Wittenberg und in Wittenberg-Vorhanden, im übrigen also so gut wie keine Arbeiter Mitglieder unserer Partei, wenigstens nicht organisiert.

Wir hatten ja allerdings geglaubt, daß uns aus diesen Kreisen ein gewisser Zulauf erwachsen würde, um so mehr als der Untergrund in Sachsen an, als Generalsekretär des sächsischen Gewerkschafts sein Möglichstes zur Förderung dieser Gewerkschaften getan hat. Er hat mit Herrn Gewerkschaftssekretär Voigt längere Zeit zusammen gearbeitet, hat sich aber immer mehr davon übergeben lassen, daß man ihn und den sächsischen Landesverband wohl zu hören wolle, wenn man eine eigene Förderung erstrebt, daß man aber nicht zu sprechen war, wenn umgekehrt einmal etwas zugunsten des sächsischen Landesverbandes getan werden konnte. Herr Voigt ist inzwischen zur Deutschnationalen Volkspartei übergegangen und dürfte insofern für die Deutschnationalen Volkspartei nicht übrig haben.

Wenn Sie also unsere Sache fördern können, so sehen wir Ihren Vorschlägen gern entgegen und sind bereit, auf unsere Ortsgruppen in dem angegebenen Sinne zu wirken.

Mit deutschem Gruß!
Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Sachsen.
Friedrich, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Das Vernehmen, daß so gut wie keine Arbeiter der Deutschnationalen Volkspartei angehören, ist schicklich. Nun wollen sie hinterheulen, durch die nationalen Gewerkschaftssekretäre, Arbeiter fördern. Glück werden sie damit nicht haben, denn zum Arbeitervereinigungsmitglied der Deutschnationalen entwürdigt sich kein Arbeiter.

Sautag der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen

Der Gau Sachsen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsinterdienenen hielt am 20. und 21. September in Leipzig seinen Landeskongress ab, der mit rund 300 Delegierten besetzt war. Die dem Reichsbund korporativ angehörende sächsische Vereinigung der Kriegsbeschädigten war gewissermaßen die Hauptrolle des Kongresses. In Leipzig ist die Vorwärtswahl zum Reichstag am 19. September erfolgt. Die Wahl erzielte schnelle von 1000 auf 40000 Stimmen und die Zahl der Ortsgruppen stieg von 10 auf 186. Eine ähnliche Kulturarbeitbewegung ist vom Bundesverband berichtet, auch im übrigen Reich zu beobachten.

Während seiner zweitägigen Verhandlungen beschäftigte sich der Kongress mit verschiedenen wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten- und Kriegsinterdienenenfürsorge, besonders auch mit dem neuen Bundesamt für Kriegsfürsorge in Sachsen, bei dessen Weiterem Aufbau alles getan werden müsse, die amtliche Fürsorge im Sinne der Kriegsgesetze zu gestalten und den alten Zustand zu befestigen. Als Ausdruck seines Willens nahm der Kongress einstimmig den Kameradschaftsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen als Kampfbund an, in der Folgezeit wird der Kameradschaftsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen folgen.

Der Kongress hat auch die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen in der Provinz, den in den Kreisen des Reichs sich befindenden Organisationen und Wünschen der wirtschaftlich Schwachen nach Möglichkeit Beachtung zu tragen und damit erkennen zu geben, daß man sie ernstlich beabsichtigt, dem sozialen Elend und der bitteren Not der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen, demütigen, blinden, kranken und leichten Kriegsinterdienenen amtlich zu helfen. Nur dann könnte von einer Einlösung des von allen Stellen und Kreisen im Ueberflusse gegebenen Versprechens, der Dank der Kameradschaft ist euch gewiß die Rede sein. Der versprochene Dank kann nur sein die Gewährung des Rechts auf angemessenes Leben.

Für Reich, Staat und Gemeinden ist die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für die Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdienenen ein zentraler Punkt.

Schaffliche Fürsorge gegenüber allen Kriegskriegern elementarste Pflicht und alle privaten Behörden sowie Unternehmer mögen den tausendfachen Auf der Kriegskriegern in sich umgehört verhalten lassen: Vorfahrt die schwere und drückende Not der Kriegskriegern durch vermehrte Schaffung von Arbeitsstellen und möglichst reichliche Entlohnung!

In diesem harten Kampfe um wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegskriegern und Hinterbliebenen seien die gezeigten Körperkräften, Parteien und Gewerkschaften aller Richtungen und alle Volksgenossen zur Unterstützung aufgefordert. ... Vorfahrt die schwere und drückende Not der Kriegskriegern durch vermehrte Schaffung von Arbeitsstellen und möglichst reichliche Entlohnung!

Das wird nach in der Umgebung der Kampf der Kriegskriegern-Organisierungen untereinander behauptet, die im Programm und Ziel mit einander konform gehen. Miteinander gehen sie auch mit nasser und nicht gegeneinander kämpfen. Daher ist für die Verwirklichung zu einer großen mächtigen Zentralorganisation einzuwirken; bis dahin müßte mit den Schwerkriegern und Arbeiterorganen der Kriegskriegern geschlossen werden.

Der Waldbestand des Staates

(V. S. J.) Die sächsischen Staatswaldungen haben in den letzten 20 Jahren erheblich an Ausdehnung gewonnen. Während das Königreich Sachsen im Jahre 1890 nur 175 485 Hektar (darunter 168 821 Hektar wirkliche Holzbodenfläche) Staatswaldungen sein eigen nannte, ist dieser Waldbestand bis zum Jahre 1918 durch Ankauf und Aufforstungen um 500 000 Hektar vergrößert worden. Der Flächenzuwachs beträgt über 500 000 Hektar. Die Gesamtveräußerung an Forstholz hat ebenfalls zugenommen; sie stieg von 855 728 auf über eine Million Hektar. Demzufolge ist auch der Forstvertrag aus den Staatswaldungen von Jahr zu Jahr größer geworden und im Verlauf von 50 Jahren um nahezu 3 Mill. M. gestiegen; 1890 belief sich der Forstvertrag auf 8 591 186 M. oder pro Hektar der Gesamtfläche auf 50,03 M. gegen 61,48 M. in der Gegenwart.

Tariffürbildung in den militärischen Betrieben

Amlich wird bekanntgegeben: Die Reichswehr-Befehlsstelle Sachsen — früher Ministerium für Militärwesen — kündigt hiermit die mit dem Ortskartell militärischer Betriebe n. v. abgeschlossenen Tarifverträge, und zwar: 1. den Tarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen, 2. den für die Angestellten der dem Ministerium für Militärwesen unterstehenden Dienststellen, Behörden n. v. des Reichs Sachsen zum 31. Dezember 1919. Nach der Verordnung, betreffend die Uebertragung des Oberbefehls über die Reichswehr des Deutschen Reiches auf den Reichswehrminister, vom 20. August 1919 hat die Selbstständigkeit der Betriebsverwaltungen der einzelnen Länder aufgehoben und Verwaltungsbefugnisse stehen den einzelstaatlichen bisherigen Kriegsministern nicht mehr zu. Demnach gelten künftig für alle im Dienste des deutschen Heeres noch verbleibenden Zivilarbeiter und -angestellten die für ihre Beschäftigung erlassenen Bestimmungen des Reichswehrministers. Es wird anheimgegeben, wegen Erneuerung des Tarifvertrages über den 1. Januar 1920 hinaus beim Abschluß neuer Verträge sich an die in Frage kommenden Reichs- bzw. Landesstellen zu wenden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Verein sächsischer Kolonialblätter beschloß auf seiner Generalversammlung in Reichenbach i. E. seine Umwandlung in eine Kolonialbeamten-Gewerkschaft und in korporativen Beitritt zum Bundes sächsischer Eisenbahner. — Ein wirkliches Panzerlager wurde in Dungenhausen bei Reichenbach an einem Stiller endigt und ausgehoben, der schon lange im Verdacht umfangreicher Feldbestände stand. Eine unerwartete Hausung der Arbeit eine ganz ungewöhnliche zum Teil bereits ausgebrochene Getreide, abgeerntete Weizen- und Kornfelder zu Tage 18 große, mit Dicksack gefüllte Säcke wurden vorgefunden. — In Glauchau wurde der bisherige unbesetzte Stadtrat Genosse Wilde zum Besten der Stadt gewählt. — Die Reichswehr-Soldatenschaule wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung aus allen Bevölkerungskreisen feierlich eröffnet.

Stadt-Chronik

Das fruchtbare Jahr

ks. Was wird nicht von rechts und links auf unsere junge Republik geschimpft und nicht am wenigsten von den Feinden der Fronnen, die mit den unchristlichsten Gefühlen dagegen murren, daß allen Weltanschauungen das gleiche Recht zuteil werden soll. Um so zufriedener scheint der liebe Gott mit den neuen Zuständen zu sein, sonst hätte er nicht eine solche Reformation an Dalmatier und Löt heranziehen lassen, wie es dies Jahr der Fall ist. Obst gibt's auch so viel, daß selbst die Höchstpreise nicht vermochten, es vom Markte verschwinden zu lassen. Und in lauchwürdigen Preisen hofft man sogar, ohne ausländische Getreidezuschüsse auskommen zu können; mindestens haben wir den Trost, daß es uns Sachen bis zur nächsten Ernte wenigstens annähernd so gut gehen wird, wie es den übrigen deutschen, insbesondere unseren südwest- und nordostdeutschen Landesleuten, in den schlimmsten Kriegsjahren gegangen ist.

Aber noch in einem andern Sinne war es ein fruchtbares Jahr. Es gibt wieder kleine Kinder. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß nach großen Kriegen die Geburtenziffer beträchtlich in die Höhe schnellt, daß sich aber in dieser wirtschaftlich trostlosen Zeit die Wiegen und Kindermögen so schnell beleben würden, hätte wohl der optimistischste Bevölkerungsstatistiker nicht geglaubt. Ist es die Hoffnung, daß doch wieder neues Leben aus den Ruinen blühen wird, ist es der Gedanke daran, daß wir künftig unsere Kinder nicht mehr großziehen werden, um sie als Kanonensfutter in der Blüte der Jahre für ein Phantom hinopfern zu müssen, ist es nur die vier Jahre lang unterdrückte Natur, die sich jetzt geltend macht — gleichviel, freuen wir uns der neuen Generation, die unberührt von der Kulturhand der letzten Jahre das Licht der Welt erblickt und hoffentlich an ihrem Teile mitarbeiten wird, die Welt wieder zu einer Stätte fruchtbarer sozialer Arbeit und die Möglichkeit wieder menschlich zu machen. In dieser Hoffnung freuen wir uns des fruchtbaren Herbstes 1919!

Zwischen Dummheit und Lüge

Die Veramtlungsberichte des hiesigen unabhängigen Plattes sind klassische Beispiele dafür, wie der Sinn einer Rede zu Unsinne verkehrt wird, wenn der Redner ein Wehrheitsfanatiker war. Gängen wir ein Beispiel tiefer. In der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Lehrer in Dresden hielt Genosse Grösch vorige Woche einen Vortrag über Sozialismus, Kommunismus und Vorkommnisse, der den Verlauf der gesamten Veramtlung fand — von zwei bis drei Unabhängigen abgesehen. Einer davon, ein Herr Goldberg, vertrat den Standpunkt der Unabhängigen herauszufallen. Als er am Ende war, armete die Veramtlung auf. Diese Schlappe sucht die Unabhängigen jetzt auszuweihen durch einen Bericht, der zwischen Dummheit und Lüge schwankt. Wir wollen einige der Unrichtigkeiten herausgreifen. Genosse Grösch soll unterlassen haben, daß Marx im kommunistischen Manifest despotische Eingriffe in Eigentum und bürgerliche Produktionsverhältnisse forderte.

In Wirklichkeit hat der Redner die von Marx geforderten despotischen Eingriffe charakterisiert, darunter progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, „despotische Eingriffe“ zu denen die Sozialdemokratie sich früher wie heute bekennt. Das letztere unterließ Herr Goldberg. Der Redner soll den Dresdner Soldatenrat als „Gipfel der Inferiorität“ dargestellt haben. In Wirklichkeit erklärte der Redner, der Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat sei anerkanntermaßen einer der besten Deutschlands gewesen; er habe die ihm zukommende Aufgabe, die öffentliche Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen, sehr gut gelöst, eine arbeitsfähige Körperkraft im Sinne gegebener, parlamentarischer Körperkraft sei er jedoch nicht gewesen und habe er nicht sein können. Die Unabhängigen seien „Widowau und Feie“, habe Grösch gesagt. In Wirklichkeit hat der Redner betont, daß die Unabhängigen wie die Sozialisten mancherlei ebendem indifferente und politisch unrichtige Werten hinter sich hätten und das Münchner Beispiel lehre, daß der sozialistischen Parteien nicht die Idealisten und Panatiker, sondern die Hete das Best in die Hand bekomme.

Von zehn bis zwanzig

Roman von Karl A. Meyer

Alexander und Gertrud sahen auf einer Bank und schauten dem ruhigen nächtlichen Spiele zu. Sie sahen eng aneinander in der Seligkeit vollkommenen Alleinseins.

„Wie ich dich lieb habe...“

„Du Güter...“

Die Stunde rann.

Ihre Herzen strömten über vor glücklicher Wärme.

Körner und Seele flossen in eins zusammen. Und Mund lächelte an Mund.

Die böse Schatten huschten Fledermäuse um die Ufer.

„O Alexander...“

„Wein für die Ewigkeit...“

Rauslos war die Nacht, die Bäume schwiegen. Ferne lag ein Schwan. Die Schatten der Fledermäuse flügelten rubellos um Bank und Baum. Von der Kirche dröhnte ein Blasenstoß, der wimmernd verging.

In der Fabrik blieb es nicht unbekannt, wie es mit Gertrud stand.

Einige Arbeiterinnen lachten. Ihnen war es ebenso erregend, als sie jung waren. Die Duhler, die mit ihrem zweiten Kinde schwanger ging, war vor Freude ganz aus dem Häuten; so glücklich hatte sie sich lange nicht gefühlt wie jetzt, da sie dachte, daß die stolze Stummelochin an der Reihe war.

Gertrud kuppelte an ihren Kleidern herum, strich die Röde glatt und lupfte die Bluse, aber es war wohl nicht mehr zu behaupten. Eines Tages sagte eine blasse Kameradin, die sa unterir an der Arbeitstafel sah, indem sie der Gertrud häuterte die Hand auf die Schulter legte: „Du dauerst mich, Gertrud!“

Der Werkmeister, unter dessen Leitung Gertrud stand, schaltete sich ein, die ihr die Schamrote ins Gesicht trieben. Sie dachte ihr Gelangbuch herzu, in dem sie lange nicht gelesen hatte.

Daheim war schlimme Zeit für sie. Nie hörte man sie mehr lachen.

Brutal fertigte sie der Vater ab, wenn sie ihm eine Weisheit erteilen wollte. Die Mutter war nachsichtig mit ihr und sprach freundlich mit der Tochter. Sie nahm die Hauptrolle der Säule auf sich.

So hatte sie es kommen sehen. Und war doch wehrlos dagegen gewesen, glaubte sie. Sie machte sich Vorwürfe über

Vorwürfe und zermartete ihr Gemüt. Da dachte sie manchmal an den stillen grünen Teich im Walde, wo es so sonnig ruhig ist und die Vögel leise singen. Dort würde sie Ruhe finden. Doch wenn ihr der Gedanke zum Bewußtsein kam, schandete sie.

Alexander hatte ausziehen müssen daheim; er konnte unmöglich wohnen bleiben. Der Vater tobte.

Hinaus mit dem Kerl! Der zieht den Rest von Unglück noch an den Haaren herbei, wo wir schon drin erstickt beimach. Wenn wir einen Lumpen brauchen — solche laufen genug auf der Straße herum.“

Aber er duldete es, daß der Burche auf Besuch kam und sein Abendrot daheim verbrachte.

Eines Nachts um zehn Uhr rannte Alexander durch die Straßen. Raffer Schme, der fuchsbog, machte ihm das Laufen schwer. Endlich war er am Ziel. Ungeheimlich er an der Glode.

Nach wenigen Minuten, ihm war's wie eine Stunde lang, schoß sich droben ein verschlafenes Kindergesicht zum Fenster heraus. Die Frau Spiechheimer ist nicht zu Hause,“ sagte es, „gehen Sie nach Auenstraße 52!“

Ein paar Betrunkene machten schlechte Witze, wie sie den jungen Mann fortrennen lassen, und lachten laut.

In einer heißen Stunde war er wieder daheim.

Das Mädchen krümmte sich in Wehen, sie schrie und stöhnte.

Den jungen Mann würgte es in der Kehle und er hatte ein Gefühl im Kopf, als hätte er einen schweren Schlag erhalten. Der Vater sah am Fenster und starrte in die Nacht hinaus. Die Mutter wich nicht vom Bett des Mädchens.

Alexander wachte mit einer dritten brennenden Lampe von der Stube nach dem Treppenturm und wieder zurück; er wachte laum, was er tat. Er hatte Feuer angemacht und große Lövie mit Wasser angelegt. Jetzt leuchte er erschöpft am Tisch. Gedankenlos sah er die Ringel auf der Nachtschlede.

Gertrud schloß die Tür. Er wollte hinaus zu ihr. Aber die Mutter schloß die Tür.

Der Vater erhob sich und schlürfte auf den Burichen zu. Bei jedem Schritt drohten die Beinlender herunterzurutschen, denn sie wurden nicht von den Dozentragern gehalten, die müßig an ihren Knöpfen hingen und beim Gehen gegen seine Beine schlügen. Mit der linken Hand hielt er die Kleider in Ordnung, die rechte Faust hob er drohend und seine Augen sprühten, als er vor dem Sohne stand.

„Danke mir's!“ schrie er ihn an, „daß ich dich Reihungen nicht mit Prügel auf dem Buckel in die Nacht hinausjagemeißel!“

Gertrud sprach leise, man konnte sie nicht verstehen. Ein lauter Schrei von ihrem Bette her brachte auch den Vater zur Besinnung.

Die Mutter rief die Tür auf und rang die Hände. „Das Kind ist da, Vater, das Kind ist da! Du mußt sofort zum Arzt oder irgendwem, und Hilfe holen, wenn die Gebarme nicht augenblicklich kommt! Lieber Gott, o lieber Gott, das Rädel schwimmt im Blute und es ist keine Hilfe da!“

Sie hatte noch nicht ausgedrückt, als Frau Spiechheimer, die Gebarme, eine dicke Frau in den vierziger Jahren, obo-rufend zur Läre hereintrot.

Mit drei bebenden Sprüngen, die gar nicht mit ihrer Körpergröße übereinstimmen wollten, war sie am Bett der wimmernden Mutter. „No, no, nur Geduld,“ sagte sie beruhigend, und erließte geschickt ihr kluges Amt. Frau Spiechheimer hing mit angstlichen Augen an ihren Wienen. Die Amme gab träge Anweisungen. Einmal sagte sie: „Zwei Minuten später, denk ich, und das kleine Wesen war erstickt.“

Der junge Vater sah rat- und tolllos auf seinem Stuhl am Tisch. Doch er nicht eingreifen konnte in der allgemeinen Aufregung, daß er ruhig danebenstehen mußte, wo sich alles überfüllte. Er konnte nichts tun, nicht reden. Er fühlte sich wie das überflüssigste Möbel in der Stube. Fremde Leute wurden in der Schlafstube lebendig, die er früher nicht gehört hatte. Die Klängen wie Schmerzschreie von jungen Säugen. In der Anstalt hatte er ähnliche Laute gehört. Er erinnerte sich ganz deutlich: der Inspektor hatte sein Reding, mit dem er gerne Lauben schoß, auch einmal auf eins der beiden Säulelein angelegt die im Sonnenchein auf dem Hofe umher-sprungen. Genau so war der Schrei, als es zusammenbrach.

Die dicke Gebarme schaute aus der Schlafstube herein. „Ein Mädchen, Herr Gerd! Jetzt dürfen Sie kommen.“

Draußen warf er sich vor Gertrud nieder und küßte in stummer Ergriffenheit die Hand der Geliebten, die matt vom Bette herunterhing.

Dann taumelte er weg von dem Lager, auf dem das Mädchen wie gestorben lag.

Das kleine lachende Wesen mit den geschlossenen Augen ist kein Kind.

Er schloß sich wie erschlagen, ihm war, als ob er zwei Nächte lang wach gewesen wäre. Das Erlebnis der heutigen Nacht, das doch nur wenige Stunden umlachte, hatte ihn um Jahre reifer gemacht.

Auf der Treppe tappten Schritte von Hausbewohnern. Es war Zeit, daß er sich zum Arbeitsgang rüstete.

(Fortsetzung folgt.)

Das waren so einige der faulstüchtligsten Verbrechen und Unmenschlichkeiten des Gerichts. In derselben Weise werden auch die Ausführungen die in der Debatte Genosse Hatz mochte, verurteilt und entfällt. Herr Goldberg verweigert, in der Debatte zu erklären, wie sich die Unabhängigen das Ratsystem nun eigentlich denken, jetzt verlangt er in seinem Bericht, daß das Genosse Gröblich hätte tun sollen, der in seinem Referat mit Recht darauf verwies, daß der Unabhängige Senke auf der Reichskonferenz der U. S. V. erklärte: „Ihr redet so viel vom Ratsystem, aber keiner hat bisher ein stures Bild davon entwerfen können.“ Nach Herr Goldbergs verächtlicher darauf, trotzdem er vom Genossen Gröblich dazu aufgefordert wurde — was im Bericht wohlweislich unterlassen wird. Wir bedauern eine Gelegenheit, die sich in dieser Weise füttern lassen muß. Für die Debatte aber, die man mit solch plumpen Mitteln zu fangen sucht, kommt der Bericht auf eine Verleumdung hinaus.

Die verspäteten Hundstage

Der September dieses Jahres zeichnet sich durch das Auftreten besonders warmer Tage aus. In der Zeit vom 11. bis 14.itag während eines jeden dieser Tage die Temperatur in Dresden bis auf 30 Grad Celsius oder mehr. Am 11. erreichte sie mit 32 Grad den höchsten Stand in diesem Monat. Eine Erklärung der bemerkenswerten Erscheinung gibt uns die Beobachtung der Wetterforten. Am 11. und 12. lag Sachsen im Bereich eines Hochdruckgebietes, dessen Kern sich südöstlich von uns befand. Der hohe Druck bedingte in Sachsen nahezu wolkenloses Wetter, zumal da keine feuchte Luftströmung vom Meere her zu uns gelangte. Die Sonneneinstrahlung konnte daher eine starke Erwärmung bewirken. Am 13. befand sich Sachsen zwar im Bereiche eines hohen Tiefdruckgebietes, doch waren die südlichen bis südöstlichen Winde heftigerem Wetter günstig. Ten höchsten Luftdruck zeigte die Karte am 15. früh über dem Balkan, also war der Hochpunkt der uns treffenden Winde warmem Wetter förderlich. Es bildete sich nunmehr eine Gewitterlage aus. Am 15. trafen in Sachsen Gewitter ein und die Temperatur senkte sich.

Bestrafte Wildmoselei

Wie wenig ein Mensch es versteht, sein Vieh zu hüten, zeigt ein Fall aus dem Lande mit der Befolgung der freigelegten Vorschriften. Ein Bauer in der Gegend von ... hat seinen Hund ... (Text continues with details of the case and the court's decision).

Widerruf der Erwerbslosenunterstützung

Eine empfindliche Strafe erhielt der Kasser Otto ... (Text continues with details of the case and the court's decision).

Nach dem Regen in die Traufe

Anfang Januar 1918 war dem Richter ... (Text continues with details of the case and the court's decision).

Vergeltungssucht

In der W. A. ... (Text continues with details of the case and the court's decision).

Volkshochschule. Nachdem Dr. Rudolf ... (Text continues with details of the school's activities).

Denkmalerrichtung des ... (Text continues with details of the monument project).

Verhaftung eines ... (Text continues with details of the arrest).

Der ... (Text continues with details of the case).

Der neue ... (Text continues with details of the new initiative).

Für den ... (Text continues with details of the event).

Verteilung von ... (Text continues with details of the distribution).

Stenographie ... (Text continues with details of the stenography course).

Am ... (Text continues with details of the performance).

Stark ... (Text continues with details of the case).

Vermisste ... (Text continues with details of the missing person case).

Reichsarbeitsministerium und ... (Text continues with details of the ministry's actions).

Der für die ganze deutsche Industrie und Arbeiterchaft ... (Text continues with details of the industry's concerns and the government's response).

Beschlüsse der Berliner Metallarbeiter ... (Text continues with details of the workers' decisions).

erhalten zu lassen, ob sie in den Streit ... (Text continues with details of the dispute).

Leben • Wissen • Kunst

Vorträge

Vom ... (Text continues with details of the lectures and speakers).

Dresdner Kalender

Theater am 28. September. Opernhaus: ... (Text continues with details of the theater schedule).

Sportartell

Tauisverein Die Naturfreunde Dresden. 28. Sept. 7. ... (Text continues with details of the sports events).

Bücher und Zeitschriften

Oehmich Schulz, Die Schulreform der Sozialdemokratie ... (Text continues with details of book and journal reviews).

Briefkasten

H. O. ... (Text continues with details of the mailbox and correspondence).

Nickel-Mittesser
Commelbroten, Woz, Bier, alle ... (Text continues with details of the shop and its products).

Thalia Theater
Opernplatz 14/16 ... (Text continues with details of the theater's schedule and location).

